



7. Änderungssatzung zur Satzung über die öffentliche ABWASSERBESEITIGUNG

(Abwassersatzung - AbwS) vom 06. September 2000

Aufgrund von § 50 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) in der jeweils geltenden Fassung und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der jeweils geltenden Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Bertsdorf-Hörnitz am 17.12.2025 nachfolgende 7. Änderungssatzung zur Abwassersatzung vom 06. September 2000 (zuletzt geändert durch die 6. Änderungssatzung vom 14.12.2022) beschlossen.

Artikel 1 - Änderungen

(1) § 44 erhält folgende neue Fassung:

Die Abwassergebühr beträgt je m³ Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet und durch ein Klärwerk gereinigt wird:

2,21 EUR ab 01.01.2025.

Artikel 2 – In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese 7. Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2025 in Kraft.

Bertsdorf-Hörnitz, den 17.12.2025



Ellen Kunath
Bürgermeisterin

Hinweis:

Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zugestanden sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustand gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.



7. Änderungssatzung zur Satzung über die öffentliche ABWASSERBESEITIGUNG

(Abwassersatzung - AbwS) vom 06. September 2000

Aufgrund von § 50 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) in der jeweils geltenden Fassung und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der jeweils geltenden Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Bertsdorf-Hörnitz am 17.12.2025 nachfolgende 7. Änderungssatzung zur Abwassersatzung vom 06. September 2000 (zuletzt geändert durch die 6. Änderungssatzung vom 14.12.2022) beschlossen.

Artikel 1 - Änderungen

(1) § 44 erhält folgende neue Fassung:

Die Abwassergebühr beträgt je m³ Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet und durch ein Klärwerk gereinigt wird:

2,21 EUR ab 01.01.2025.

Artikel 2 – In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese 7. Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2025 in Kraft.

Bertsdorf-Hörnitz, den 17.12.2025



Ellen Kunath
Bürgermeisterin

Hinweis:

Nach § 4 Abs. 4 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zugestanden sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustand gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.